Protokoll über die Sitzung Schulausschuss der Stadt Wilhelmshaven am Donnerstag, 7. Februar 2013, 15:00 Uhr, Grundschule Wiesenhof , Nr. 2/2013

Mitglied CDU-Fraktion
Vertreterin Ursula Biester
Ausschussmitglied Michael Kunze
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion
Stellv. Ausschussvorsitzender Björn Heinisch
Ausschussvorsitzende Christine Will

Mitglied Gruppe Grüne/WBV
Beigeordneter Werner Biehl
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied BASU-Fraktion
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion
Grundmandat Horst Dieter Walzner

Stadtelternrat
Stimmberechtigte Sachverständige Cornelia Kirsch
Stimmberechtigter Sachverständiger Marc Schnäckel

Stadtschülerrat
Stimmberechtigte Sachverständige Winona Fischer - bis TOP 4.2 – Punkt 1.4

Arbeitnehmervertreter
Stimmberechtigter Sachverständiger Dieter Meisel

Lehrervertreter
Stimmberechtigter Sachverständiger Bernhard Opitz
Vertreter Volkmar von Nordeck

Von der Verwaltung
Andreas Wagner
Dr. Jens Graul
Hans-Gerhard Giersdorf
Oliver Leinert
Carsten Feist

Protokollführer
Werner Schweer

Gäste
Nurhayat Bakir
Onno Pommer - Schulleiter GS Wiesenhof

Entschuldigt
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Eckhard Stein
Stimmberechtigter Sachverständiger Marcel Martinez

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2.	Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 17.01.2013	
3.	Genehmigung der Tagesordnung	
4.	Vorlagen an den Rat	
4.1	Haushalt 2013/14 - Produkte Schulen (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)	
4.2	Schulentwicklungsplanung 2013 - 2018	**26/2013**
4.3	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Beschluss über die "Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken für die Wilhelmshavener Haupt- und Realschulen zum Schuljahr 2013/2014" im SchA 7.2.2013, VA 11.2.2013 und Rat 13.2.2013	**507/2013**
4.4	Regionaler Pakt für berufliche Bildung	**3/2013**
5.	Mitteilungen und Anfragen	
5.1	Vorstellung der Schule / Info	
5.2	Benennung der Schwerpunktschulen / Info	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie dankte **Herrn Pommer** für die Bereitstellung der Räumlichkeiten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Frau Will** den neuen stimmberechtigten Sachverständigen des Stadtelternrates, **Herrn Marc Schnäckel,** gemäß § 60 NKomVG durch Handschlag, die Aufgaben des Schulausschusses nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Besonders wies sie dabei auf die Bestimmungen der §§ 40 – 42 NKomVG (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht) sowie auf § 30 der Abgabenordnung (Steuergeheimnis) hin. Die entsprechenden Gesetzestexte wurden übergeben.

Ferner erklärte **Frau Will**, dass die Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG aktenkundig zu machen sei, was durch Aufnahme in diese Niederschrift geschehe.

2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 17.01.2013

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 17.01.2013 wurde einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 5.1 – Vorstellung der Schule / Info – wurde vorgezogen.

Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Haushalt 2013/14 – Produkte Schulen (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)

Herr Giersdorf erklärte, dass der vorgelegte Doppelhaushalt 2013/14 ein Wiederholungshaushalt auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2011 sei. Es gäbe keine gravierenden Veränderungen. Lediglich vertragliche oder gesetzliche Veränderungen wurden berücksichtigt.
Das Haushaltssicherungskonzept enthält keine Punkte für den Bereich Bildung. Allerdings ist die gesamte Schulentwicklungsplanung 2013 – 2018 ein Teil des HSK und wird als eigene Beschlussvorlage behandelt.

Beschluss: **Einstimmig**
--

4.2 Schulentwicklungsplanung 2013 - 2018 **26/2013**

Herr Dr. Graul verwies auf die Beschlussvorlage und erklärte, dass zwischenzeitlich ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht erfolgt sei. Diese sieht den Kreditrahmen sehr eng bemessen, so dass zeitliche Verschiebungen bei der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung erforderlich würden. Die baulichen Maßnahmen sowohl bei der Oberschule Nord sowie bei der Zusammenlegung der beiden Berufsbildenden Schulen können erst nach 2016/17 durchgeführt werden. Trotzdem sollen die organisatorischen Zusammenlegungen der Haupt- und Realschulen zu Oberschulen bereits zum 01.08.2014 erfolgen. Der Schulverwaltung ist bewusst, dass hier den betroffenen Schulen dann mit jeweils 2 Standorten konzeptionell und organisatorisch einiges abverlangt werde.

Der getroffene Ratsbeschluss zur Schulentwicklungsplanung habe keine unmittelbare Auswirkung, da jeweils Einzelbeschlüsse nach § 106 Nds. Schulgesetz erforderlich seien.

Im Haushalt wurde für das Jahr 2013 eine Einsparung in Höhe von 250.000 € (Aufhebung GS Sengwarden zum Schuljahr 2013/14) und für das Jahr 2014 insgesamt 1.000.000 € eingestellt.

Auf Anfrage von **Frau Weinstock** erklärte **Herr Dr. Graul**, dass der Sanierungsstau bei der GS Sengwarden rd. 500.000 € betrage. Die jährlichen Unterhaltungskosten belaufen sich auf ca. 250.000 €. Würde eine Sanierung nicht erfolgen, entfalle der aufzubringende Kapitaldienst in Höhe von jährlich 35.000 €.

Bereich 1. Grundschulen:

Frau Will übergab den Vorsitz an **Herrn Heinisch**.

Frau Will stellte für die Mehrheitsgruppe SPD/CDU nachfolgenden Änderungsantrag zu Punkt 1.1 der Beschlussvorlage:

„Es erfolgt keine Aufhebung der Grundschule Sengwarden zum 01.08.2013. Die GS Sengwarden wird weiter geführt, solange gesicherte einzügige Einschulungsjahrgänge das Angebot nachfragen. Konzepte für einen jahrgangsübergreifenden Unterricht werden nicht unterstützt“.

Frau Will übernahm wieder den Vorsitz.

Herr Biehl teilte mit, dass hier der Elternwille sehr hochgehalten werde. Hier müsse aber mehr der wirtschaftliche Aspekt gesehen werden. Bei Nichtaufhebung der GS Sengwarden sei zu erwarten, dass der Haushalt nicht genehmigt werde. Eine vorläufige HH-Führung würde dann der Fall sein.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Frau Weinstock** und die **Herren Möhle, Meisel, Dr. Graul** und **Schnäckel.**

Beschluss: Dem Änderungsantrag wurde mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **zugestimmt.**

Herr Heinisch stellte für die Mehrheitsgruppe SPD/CDU nachfolgenden Änderungsantrag zu Punkt 1.2 der Beschlussvorlage:

„Aufhebung der GS Kirchreihe zum 01.08.2014 und Zusammenlegung mit der GS Mühlenweg am Standort Schellingstraße 15.
Umzug der GS Mühlenweg in das Gebäude Schellingstraße 17, nach Sanierung zum 01.08.2015“.

Frau Linssen-Steiner wies darauf hin, dass hier der Elternwille unberücksichtigt bleibe. Die beiden Förderschulen hätten sich klar gegen den Standort „Campus Mühlenweg“ ausgesprochen.

Herr Schnäckel informierte, dass der Stadtelternrat die Schulelternräte der Grundschulen Peterstraße, Kirchreihe und Siebethsburg befragt hätte. Die Schulelternräte der Grundschulen Kirchreihe und Siebethsburg haben sich sehr deutlich für den Standort tom-Brok-Straße 15 ausgesprochen. Der Schulelternrat der GS Peterstraße habe sich nicht geäußert.

Auf Anfrage von **Frau Biester** erklärte **Herr Dr. Graul**, dass seitens der Landesschulbehörde auch eine Genehmigung für eine teilweise 5-zügige Grundschule in Aussicht gestellt sei, wenn diese Zügigkeit vorübergehend wäre.
.

Herr Giersdorf teilte mit, dass das Gebäude tom-Brok-Str. 15 nach dem Herbstferien 2013 frei sein wird.
Das Gebäude bietet die bestmöglichen Voraussetzungen auch im Hinblick auf eine gewünschte Ganztagsbeschulung. Aktuell ist nur in einem Jahrgang zweifelsfrei eine 5-Zügigkeit zu erwarten. Aus der Erfahrung heraus werde sich am Standort langfristig eine 4-Zügigkeit ergeben.

Herr Wagner wies darauf hin, dass bei Ablehnung der Beschlussvorlage der Haushalt 2013/14 nicht genehmigt werde. Das führe dann zur vorläufigen HH-Führung.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Frau Weinstock, Frau Will, Frau Biester** und die **Herren Biehl, Möhle Meisel, Walzner, Schnäckel , Dr. Graul, Feist** und **Giersdorf.**

Beschluss Änderungsantrag: Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **abgelehnt.**

Beschlussvorlage: Den Punkten 1.2, 1.3 und 1.4 der Beschlussvorlage wurde mit 7 Ja- Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **zugestimmt.**

Bereich 2. Förderschulen:

Herr Heinisch stellte für die Mehrheitsgruppe SPD/CDU nachfolgenden Änderungsantrag zu Punkt 2.1 der Beschlussvorlage:

„ Zusammenlegung der Förderschulen Wasserturmschule und Herbartschule am Standort Schellingstraße 15, nach erfolgter Sanierung, zum 01.08.2017“.

Herr Giersdorf wies darauf hin, dass die Sanierungskosten für das Gebäude Schellingstraße 15 mit 3,1 Mio € veranschlagt seien. Für die Herrichtung einer Förderschule, die mittelfristig (ab 2020) voraussichtlich keinen Bestand hat, wäre dies wohl wirtschaftlich unangebracht.

Frau Kirsch wies darauf hin, dass sich die Eltern der GS Kirchreihe klar gegen eine Zusammenlegung mit der GS Mühlenweg an der Schellingstraße 15 bzw. 17 ausgesprochen hätten.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Frau Will, Frau Weinstock, Frau Kirsch** und die **Herren Möhle, Schnäckel, Feist, Biehl, Walzner** und **Meisel.**

Beschluss Änderungsantrag: Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen **abgelehnt.**

Beschlussvorlage: Dem Punkt 2.1 der Beschlussvorlage wurde mit 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen **zugestimmt.**

Bereich 3. Oberschule Stadtmitte:

Herr Heinisch stellte für die Mehrheitsgruppe SPD/CDU nachfolgenden Änderungsantrag zu Punkt 3.1 der Beschlussvorlage:

„Organisatorische Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein-Schule und der HS Bremer Straße zum 01.08.2014.
Räumliche Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein-Schule und der HS Bremer Straße am Standort Paul-Hug-Straße 43, sobald ein bedarfsgerechtes Raumprogramm erstellt ist und die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind".

Herr Biehl erklärte, dass generell über diese Thematik noch kein Beschluss gefasst werden sollte, da man nicht wisse, wie sich die neue Landesregierung positionieren werde. Eine zeitliche Verschiebung um 2 – 3 Monate wäre unschädlich.

Herr Dr. Graul wies darauf hin, dass die Hälfte der Anmeldungen an Realschulen bereits SchülerInnen mit einer Hauptschulempfehlung seien. De facto läge somit eigentlich bereits eine Oberschule vor.
Die organisatorische Zusammenlegung sollte daher zum nächstmöglichen Zeitpunkt (Schuljahr 14/15) erfolgen.
Finanziell würde die Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein-Schule und HS Bremer Straße zur Oberschule Stadtmitte am Standort Schellingstr. 17 zu einer Einsparung in Höhe von 500.000 € führen.

Der Standort Paul-Hug-Straße 43 habe mit Abstand die geringste Nutzungsfläche. Ein mehrstöckiger Anbau würde erforderlich sein. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rd. 8 Mio €.

Herr Giersdorf erklärte, dass man alle Standorte auf eine Nutzung als Oberschule untersucht habe. Dabei stand der Campus-Gedanke im Vordergrund. Der Standort Paul-Hug-Straße 43 bietet max. Platz für eine 3 –zügige Schule, aber kaum Ressourcen für Betreuung- und Differenzierungsräume sowie Räumlichkeiten für eine Ganztagsbeschulung.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Frau Weinstock, Frau Biester** und die **Herren Meisel, Dr. Graul** und **Wagner.**

Beschluss Änderungsantrag: Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt.**

Beschlussvorlage: Den Punkt 3.1 und 3.2 der Beschlussvorlage wurde mit 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen **zugestimmt.**

Bereich 4. Oberschule Nord:

Herr Biehl verwies auf ein Schreiben des Schulelternrates der Marion-Dönhoff-Schule, in dem dieser auf fehlende 4 bis 5 Klassenräume hinweist. Man habe sich erst jetzt gemeldet, weil bisher davon ausgegangen worden ist, dass durch den beabsichtigten Anbau an der Salzastraße dieser Notstand bald behoben sein würde.

Im Gebäude Salzastraße seien 5 Räume im Obergeschoß vorhanden, die aber aufgrund des fehlenden 2. Fluchtweges nicht genutzt werden können. Die räumliche Notsituation könnte durch die Errichtung eines 2. Fluchtweges erheblich entschärft werden.

Herr Leinert erklärte, dass die Kosten für eine Treppe als 2. Fluchtweg ca. 100.000 € betragen werden.

Die Mitglieder des Schulausschusses stimmten einstimmig dafür, dass die Verwaltung die Sachlage prüft.

Herr Giersdorf teilte mit, dass an der HS Nogatstraße ein Förderschulzweig mit dem „Schwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung“ besteht. Die Landesschulbehörde habe hier anders als bei der GS Hafenschule und der damaligen OS Nogatstraße eine entsprechende Genehmigung zur Förderschule bereits 2004 erteilt. Bei der Zusammenlegung mit der Marion-Dönhoff-Schule zu einer Oberschule Nord müsste dies mit berücksichtigt werden. Dadurch werde ein zusätzlicher Raumbedarf entstehen und müsste in die Raumplanung mit einfließen.

Auf Anfrage von **Frau Weinstock** erklärte **Herr Giersdorf,** dass es ab dem Schuljahr 2013/14 keine neuen Integrationsklassen mehr geben wird. Die Eltern hätten hier das Wahlrecht, ihre Kinder an einer Schwerpunktschule oder Förderschule anzumelden.

Herr Biehl stellte den Antrag auf Rederecht für **Herrn Bültena**, Schulleiter der Marion-Dönhoff-Schule.
Dieser Antrag wurde mit 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen **abgelehnt.** Die erforderliche ¾ Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten wurde nicht erreicht.

Herr Biehl stellte den Änderungsantrag, die Errichtung der Oberschule Nord vom 01.08.2014 auf den 01.08.2016 zu verschieben.

Beschluss: Dem Änderungsantrag wurde einstimmig **zugestimmt.**

Beschlussvorlage: Den Punkten 4.1 und 4.2 der Beschlussvorlage wurde mit dem geänderten Zusammenlegungstermin auf den 01.08.2016 einstimmig **zugestimmt.**

Bereich 5. Berufsbildende Schulen:

Herr Dr. Graul wies darauf hin, dass die räumliche Zusammenlegung keine wesentlichen Einsparungen für den Schulträger bringe. Die räumliche Zusammenlegung wäre wünschenswert, allerdings seien die hierfür erforderlichen Baukosten zurzeit nicht darstellbar.

Herr Meisel stellte den Änderungsantrag, die organisatorische Zusammenlegung nicht bereits zum 01.08.2014 sondern erst zum 01.08.2015 umzusetzen.

Beschluss: Dem Änderungsantrag wurde einstimmig **zugestimmt.**

Beschlussvorlage: Den Punkten 5.1 und 5.2 der Beschlussvorlage wurde mit dem geänderten Zusammenlegungstermin auf den 01.08.2015 einstimmig **zugestimmt.**

Beschluss: **Sh. Einzelbeschlüsse**

4.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Beschluss über die "Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken für die Wilhelmshavener Haupt- und Realschulen zum Schuljahr 2013/2014" im SchA 7.2.2013, VA 11.2.2013 und Rat 13.2.2013 **507/2013**

Herr Möhle erläuterte den Antrag der Mehrheitsgruppe SPD/CDU. Die Haupt- und Realschulen sollten in etwa die gleichen Schülerzahlen haben. Erkennbar sei ab dem Schuljahr 2012/13 ein starker Trend in Richtung der beiden Schulen im Stadtnorden. So werden in der Stadtmitte im Jahrgang 5 insgesamt 71 Schülerinnen und im Stadtnorden 141 SchülerInnen beschult.
Diesem Trend müsse man mit einer Satzung über Schulbezirke entgegen wirken.

Herr Giersdorf erläuterte ausführlich anhand einer Power-Point-Präsentation die entsprechende Stellungnahme zu dem Antrag. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Das Fazit ist, dass auch mit Schulbezirken der Zulauf zu beliebten Schulen nicht unterbunden werden kann.
Der vorgelegte Entwurf einer Satzung sei inhaltlich fehlerhaft und könnte so nicht beschlossen werden, weil auf Schulbezirke verwiesen wird, die es durch die fehlende Beschlussfassung zur Schulentwicklungsplanung noch nicht gibt.
Außerdem müsse auf jeden Fall der Stadtelternrat beteiligt werden. Die Frist hierfür beträgt 4 - 6 Wochen.
Nach erfolgter Berechnung der Schülerzahlen zu den von der Politik gewünschten und heran zu ziehenden Schulbezirken ergeben sich ferner keine signifikanten Veränderungen bei den Schülerzahlen, die die Einführung einer Satzung rechtfertigen würden.
Die von Herrn Möhle genannten Schülerzahlen in Klasse 5 entsprechen nicht den Tatsachen. An den beiden Schulen im Stadtnorden werden 141 SchülerInnen (einschl. Integration und KB-Kinder) und in der Stadtmitte 96 SchülerInnen beschult.

Herr Biehl wies darauf hin, dass nach dem Nds. Schulgesetz das Wahlrecht der Eltern zu beachten ist.

Herr Schnäckel erklärte, dass die Wahlfreiheit in der Hand der Eltern verbleiben sollte.

Herr Dr. Graul erklärte auf Anfrage von **Herrn Schnäckel**, dass der Antrag der Mehrheitsgruppe SPD/CDU unabhängig von seiner Abstimmung im Schulausschuss weiter an den VA und Rat geht. Falls der Antrag in seiner jetzigen Fassung so vom Rat beschlossen würde, werde eine rechtliche Prüfung vorgenommen.

An der anschließenden ausführlichen Diskussion beteiligten sich **Frau Kirsch, Frau Weinstock** und die **Herren Biehl, Meisel, Giersdorf, Dr. Graul, Möhle, Kunze** und **Schnäckel.**

Beschluss: **Abgelehnt mit 5 Ja-Stimmen** und **8 Nein-Stimmen.**

--

Der Schulausschuss am 07.02.2013, der Verwaltungsausschuss am 11.02.2
Rat der Stadt am 13.02.2013 mögen in den jeweiligen Sitzungen die als An
beigefügte „Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schu
die Haupt- und Realschulen zum Schuljahr 2013/2014“ beschließen.

4.4 Regionaler Pakt für berufliche Bildung **3/2013**

Herr Dr. Graul erläuterte die Beschlussvorlage und wies darauf hin, dass die der Begründung beigefügten Anlagen 1 und 2 zurückgezogen worden seien.

Herr Meisel wies darauf hin, dass einige Kammern wie z.B. Ärztekammer, Zahnärztekammer etc. nicht mit aufgeführt sind. Ferner sei auch die Gewerkschaft nicht beteiligt worden.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Abschluss eines „Paktes für berufliche Bildung“ zwischen den Wirtschaftsverbänden, den Berufsbildenden Schulen und den Schulträgern in Wilhelmshaven und Friesland zu.

5. Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung der Schule / Info

Herr Pommer informierte, dass in der GS Wiesenhof aktuell 270 SchülerInnen in 12 Klassen von 13 Lehrkräften und 6 pädagogischen Mitarbeiterinnen unterrichtet werden.
Mit dem Schuljahr 2013/14 wird die GS Wiesenhof eine offene Ganztagsgrundschule. Geplant ist die Betreuung an 4 Nachmittagen in der Woche.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.2 Benennung der Schwerpunktschulen / Info

Herr Giersdorf informierte, dass der Schulträger der Landesschulbehörde fristgerecht zum 31.01.2013 schriftlich mitgeteilt habe, dass man beabsichtige, zum Schuljahr 2013/14 nachfolgende Schulen als Schwerpunktschulen für die 4 Schwerpunkte geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, Sehen und Hören einzurichten:

- Grundschule Hafenschule
- Grundschule Finkenburgschule
- Hauptschule Nogatstraße
- Realschule Marion-Dönhoff-Schule
- Neues Gymnasium Wilhelmshaven

Auf Anfrage von **Herrn Möhle** erklärte **Herr Giersdorf**, dass eine politische Zustimmung durch den Schulausschuss oder Rat für die Benennung von Schwerpunktschulen nicht erforderlich ist. Darum bitte man den Schulausschuss nach Information durch die Verwaltung um zustimmende Kenntnisnahme

Auf Anfrage von **Herrn Biehl** teilte **Herr Giersdorf** mit, dass die IGS formal keine Schwerpunktschule ist, da der Schulträger Stadt WHV alle Regel-Schulformen anbieten kann. Die IGS habe jedoch ihre Bereitschaft signalisiert, entsprechend ihren Möglichkeiten SchülerInnen auf zu nehmen.

Der Schulausschuss nahm zustimmend Kenntnis.